Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934
1923

107 (12.9.1923)

Visual Library

Erscheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. unsere Austräger
ohne Bestellgeld
15.—30. Sept. 2 000 000 Mk.
freibleibend.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit ½8—5 Uhr, Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Postscheck-Konto
Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

Gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Aelteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 4 Gold-Pfg. Familien-Anzeigen 3 Gold-Pfg.
Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 12 Gold-Pfg.
Anzeigen mit Deckadresse oder Auskunft 10 Gold-Pfg. Sondervergütung. Alle Preise freibleibend.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs erlischt.
Platzvorschriften werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen.
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen wollen am Tage vorher aufgegeben werden.

№ 107. Mittwoch, den 12. September 1923. 84. Jahrgang

Die innerpolitische Krisenstimmung.

Parlamentarische Zuspitzung in Thüringen.

Weimar, 11. Sept. Die **politische Lage in Thüringen**, wo, wie in Sachsen eine sozialistische Regierung von der wohlwollenden Unterstützung der Kommunisten abhängig ist, **ist sehr gespannt.** Der Regierung, die von den Rechtsparteien sehr scharf bekämpft wird, ist neuerdings auch von den Kommunisten die Gefolgschaft aufgesagt worden. Dem heute zusammentretenden thüringischen Landtag liegen drei Mißtrauensvotum der bürgerlichen Parteien und Mißtrauensvotum der Kommunisten vor. Wenn es trotzdem zu einem Sturz der Regierung voraussichtlich nicht kommen wird und die Mißtrauensanträge entweder aufgeschoben oder zurückgezogen werden dürften, so ist das auf das **staatsgefährliche Treiben der rechts- und linksradikalen Kreise zurückzuführen.** Die bürgerlichen Mittelparteien sind der Ansicht, daß eine Regierungskrise in diesem Zeitpunkt über das Land eine schwere Krise heraufbeschwören müßte. Wie bewußt von rechts- und linksradikaler Seite auf den Zusammenstoß der dann die von beiden Seiten gewünschte Zersetzung Mitteldeutschlands nach sich ziehen soll, hingearbeitet wird, geht aus den Vorgängen hervor, die sich am vergangenen Samstag und Sonntag in Gotha abgespielt haben.

Die rechtsradikalen Verbände beabsichtigten in Gotha, ähnlich wie seinerzeit in Nürnberg einen Deutschen Tag abzuhalten. Die Wahl Gothas, das das Zentrum der kommunistischen Partei für Thüringen ist, mußte von den Kommunisten als eine bewußte Herausforderung aufgefaßt werden. Um Zusammenstöße zu verhüten, wurde der Deutsche Tag verboten und ebenso die kommunistische Gegendemonstration. Trotz dieses Verbotes hatten sich aber am Samstag in Gotha zahlreiche Hundertschaften der Kommunisten und der jungdeutschen Verbände versammelt. Am Abend kam es zwischen beiden Parteien zu größeren Auftritten und Zusammenstößen, bei denen auch Schüsse fielen und eine Anzahl Personen zum Teil schwer verletzt wurde. Da die Polizeikräfte bei weitem nicht ausreichten, mußten am Sonntag Verstärkungen aus Weimar herbeigeholt werden. Dem energischen Eingreifen der Polizei ist es zu verdanken, daß, abgesehen von kleineren Verwundungen und Zwischenfällen die Ruhe nicht weiter gestört wurde. Ueber 40 Personen wurden von der Polizei festgenommen. Am Sonntag abend konnten die auswärtigen Anhänger der beiden Parteien mit Unterstützung der Polizei getrennt in die Züge gebracht werden.

Trotzdem ist die Lage in Thüringen nach wie vor ernst, da die wirtschaftliche Krise sich immer mehr verschärft. Wie der Präsident des thüringischen Staatsministeriums Ihrem Korrespondenten mitteilte, laufen **sehr viele Anträge auf Stillegung von Industriebetrieben ein.** Die thüringische Regierung beabsichtigt, an das Reich mit dem Antrag heranzutreten, die Frist für die Prüfung derartiger Anträge von 4 auf 8 Wochen zu verlängern, ferner sollen vom Reiche Kredite für die notleidenden Industrien angefordert werden, wobei aber durch teilweise Verpfändung der Betriebe oder von Rohstoffen Sicherheit für den Kredit geschaffen werden soll.

Um die Steuersabotage zu bekämpfen, will die thüringische Regierung beantragen, daß jeder Wirtschaftsbetrieb für volle 6 Monate Lohnsteuern zu bezahlen hat, gleichviel, ob gegenwärtig verkürzt gearbeitet wird oder nicht. Unter allen Umständen müsse jedoch, so erklärte der Präsident des thüringischen Staatsministeriums, so **schnell als irgend möglich mit der Ruhraktion Schluß gemacht werden.** Die thüringische Regierung glaube sogar, daß ein direktes Angebot an Frankreich, ja eine Fahrt des Reichskanzlers nach Paris (!) notwendig sei. Nur durch eine schleunige Liquidation der Ruhraktion könne das Reich seinen Bestand sichern.

Einberufung des Reichstags?

Der Antrag der Deutschnationalen Volkspartei auf Einberufung des Reichstages wird in den parlamentarischen Kreisen der Reichshauptstadt lebhaft besprochen. Die deutschnationalen Antragsteller erhoffen von der **Aussprache eine Klärung der politischen Lage.** In den Koalitionsparteien wird diese Hoffnung nicht geteilt, und es ist bei diesen Parteien vorläufig wenig Neigung vorhanden, sich dem Antrag anzuschließen. Voraussichtlich wird der Sitzung des Aeltestenrates, der morgen zusammentreten wird, ein Vertreter der Reichsregierung beiwohnen, um zu der Einberufung des Reichstags Stellung zu nehmen und darauf hinzuweisen, daß eine solche der Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblick, in dem sich neue Entwicklungen anzubahnen scheinen, nicht angebracht erscheint, da die schwebenden politischen Probleme, eben weil sie in voller Gärung begriffen sind, noch nicht spruchreif sind. Die Reichsregierung wird kaum in der Lage sein, jetzt ihre außenpolitischen Absichten einer Diskussion im Reichstag zu unterwerfen. Die Antragsteller wollen, wie ihre Organe sagen, den Gerüchten entgegenarbeiten, die sich um das Thema der deutsch-französischen Verhandlungen gruppieren. Dem ist entgegen zu halten, daß diese Gerüchte, da sie nicht von deutscher Seite ausgehen, sich durch eine Aussprache im Deutschen Reichstage kaum beeinflussen lassen werden. Im übrigen wurde ihnen gestern abend in einer offiziösen Mitteilung entgegengetreten, in der es hieß:

Ueber den **Besuch des französischen Botschafters** beim Reichskanzler liegt eine Berliner Meldung des „Daily Expreß" vor, nach der der französische Botschafter in Berlin in der Wilhelmstraße vorgesprochen habe soll, um mündliche Mitteilungen der Reichsregierung entgegen zu nehmen. Die Mitteilung ist in dieser Form unzutreffend. Richtig ist, daß seitens des neuen Kabinetts persönliche Beziehungen mit den Vertretern aller Mächte aufgenommen worden sind und daß auch der französische Botschafter und der Reichskanzler Gelegenheit hatten, in einen Gedankenaustausch über die gegenwärtige Lage einzutreten. Ein Rätselraten über den Inhalt dieser Unterredung dürfte sich natürlich erübrigen. Die grundsätzliche außenpolitische Auffassung des Reichskanzlers ist durch seine bisherigen Reden genügend zum Ausdruck gekommen. Soweit eine Ergänzung erforderlich erscheint, wird sie heute abend in der bereits angekündigten Rede des Reichskanzlers erfolgen. Wenn im Zusammenhang mit diesen Erörterungen auch die Frage der Wiederbesetzung des Botschafterpostens in Paris und des Gesandtenpostens in Brüssel in der Presse erörtert worden ist, so eilen diejenigen Meldungen, die von Tatsachen sprechen und bestimmte Namen nennen, den Ereignissen voraus.

Die neue Goldnotenbank.

Die Papiermark bleibt Zahlungsmittel.

Berlin, 11. Sept. Wie wir erfahren, hat sich das Reichskabinett aus dem Grunde für die **Errichtung einer besonderen Goldnotenbank entschlossen**, um die neue Währung nicht mit den Gefahren zu belasten, die das Etatdefizit für die Zentralnotenbank mit sich bringt. Als Unterlage der neuen Währung sollen vorläufig nur **Gold, Devisen und Warenwechsel dienen.** Die von verschiedenen Seiten vorgeschlagene Notenausgabe aufgrund einer Erfassung von Sachwerten kommt nicht in Frage, ebenso ist der Helfferich'sche Plan einer eigenen Währung fallen gelassen worden. Die neue Goldnotenbank wird in stärkerem Maße den Charakter einer Privatbank tragen als dies bei der Reichsbank der Fall ist. Die Reichsregierung glaubt jedoch ausreichende Sicherheiten dafür schaffen zu können, daß die neue Notenbank nicht in die Abhängigkeit von bestimmten privatwirtschaftlichen Kreisen gerät. Ueber die Höhe des Kapitals, sowie die Einzelheiten und die Organisation der neuen Bank sind endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt worden. **Die Papiermark bleibt vorläufig weiter Zahlungsmittel.** Zunächst wird also durch die Währungsreform eine Parallelwährung geschaffen, d. h. Goldnoten und Papiernoten werden nebeneinander zirkulieren. Ein allgemeiner **Austausch der Papiermark in Goldnoten ist also zunächst nicht geplant.** Man hofft aber, möglichst bald eine Kontingentierung der Ausgabe von Papiermark vornehmen zu können.

Die neue Goldmark ein „Taler?"

Wie aus Berlin berichtet wird, erwägt man auch ob es nicht zweckmäßig sei, der neuen Goldwährung auch einen neuen Namen zu geben und die Bezeichnung „Mark" fallen zu lassen. Man rechnet nämlich mit der Möglichkeit, daß das Nebeneinanderbestehen der beiden Werte „Goldmark" und „Papiermark" in Handelskreisen Verwirrung stiften könnte. Vorgeschlagen wurde in den gestrigen Besprechungen unter anderem auch die Bezeichnung „Taler". Beschlüsse wurden auch in dieser speziellen Frage gestern noch nicht gefaßt.

Beschlagnahme der Edelmetalle.

Berlin, 11. Sept. Der Kommissar für Devisenerfassung beschlagnahmt mit Wirkung vom 12. September alle in eigenem oder fremdem Gewahrsam befindlichen **Edelmetalle wie Silber, Gold und Platin**, sowie deren Legierung in Form von Münzen, sowie Edelmetalle in jeder Form. Ferner Halbfabrikate, Bruch und Abfälle. Diese sind bis zum 21. September anzumelden. Ausgeschlossen sind Gegenstände aus Gold- und Silberdouble sowie Fertigfabrikate.

Die Absichten der deutschen Regierung.

Berlin, 10. Sept. Der sozialdemokratische Reichsinnenminister Sollmann gab vor einer Deputation des Vorstandes der Internationalen Frauenliga für Freiheit und Frieden die folgenden Erklärungen ab, die, wie er äußerte, auch die Ansicht des Reichskanzlers wiedergeben: **Der Kernpunkt der augenblicklichen Lage sei die deutsch-französische Verständigung.** Wenn diese Verständigung nicht gelinge, **würde ganz Mitteleuropa zugrunde gehen.** Die Kundgebungen der Regierung hätten der Welt gezeigt, daß in der deutschen Außenpolitik eine entscheidende Wendung eingetreten ist. Deutschland sei bereit, jede Vereinbarung mit der Entente und besonders mit Frankreich einzugehen, die Deutschland die Sicherheit gebe, daß die besetzten Gebiete in absehbarer Zeit wieder vollkommen der deutschen Verfügungsgewalt zu Gebote stehen. Die Regierung sei sich bewußt, daß dazu nicht nur Verträge, sondern auch eine große Anspannung der deutschen Wirtschaft nötig ist. Deutschland wolle Frankreich außer Reparationen auch jede für Deutschland erträgliche Sicherheit gegen einen neuen Krieg gewähren, nicht aber eine Separation in irgendwelcher Form zulassen. Der Minister wies dann darauf hin, daß dieser Verständigungswille der deutschen Regierung durch die französischen Reden außerordentlich erschwert werde, die eine bedingungslose Kapitulation an der Ruhr fordern. Die Worte Prestige und Kapitulation müßten gestrichen werden, wenn Mitteleuropa gerettet werden solle.

Eine Erwiderung Dr. Stresemanns an Poincare.

Berlin, 10. Sept. Der Reichskanzler beabsichtigt, am Mittwoch abend der Oeffentlichkeit eine **Kundgebung** zu vermitteln, die seine Antwort auf die gestrige Rede Poincares enthalten soll und **der große politische Bedeutung beigemessen wird.** Die Rede Poincares wird in unterrichteten politischen Kreisen dahin eingeschätzt, daß Poincare damit den Weg zu den bereits angebahnten **Unterhaltungen mit Deutschland ganz offensichtlich nicht verbauen** wolle. Die Vossische Zeitung, in der Georg Bernhard zu den kommenden Verhandlungen Stellung nimmt, spricht die Erwartung aus, daß bald Grundlagen vorhanden sein dürften, die es gestatten, einen neuen Botschafter für Paris zu ernennen.

Sachsen auf bedenklichen Wegen.

Vertrauensbruch Zeigners?

Aus Dresden geht der „Zeit", dem Blatt des Kanzlers, Mitteilungen über eine Rede zu, die der Ministerpräsident Zeigner in einer sozialdemokratischen Versammlung gehalten haben soll. Er soll u. a. Angaben gemacht haben, die eine **Verdrehung und Entstellung von Mitteilungen** bedeuten würden, **die vertraulich** im Auswärtigen Ausschuß des Reichsrats den Vertretern der Länder gemacht worden sind, zum Beispiel über das Ruhrgebiet und dessen Zukunft, über die Kosten des passiven Widerstandes und über internationale Verhandlungen zur Zeit der Cunoschen Regierung. Wenn der sächsische Ministerpräsident in der Tat in der Oeffentlichkeit solche Angaben gemacht haben sollte, dann wäre, so sagt das Blatt, der Augenblick mindestens sehr nahe, in dem man sich zu überlegen haben würde, ob nicht die Reichsregierung und das gesamte deutsche Volk die entsprechenden Folgerungen daraus zu ziehen hätten.

Der Reichswehrminister gegen Dr. Zeigner.

Gegenüber den neueren Erklärungen des sächsischen Ministerpräsidenten **steht der Reichswehrminister auf dem Standpunkt,** daß er es ablehnen muß, die Differenz mit Herrn Zeigner durch eine Pressepolemik zum Austrag zu bringen. Der Reichswehrminister hat sein Material dem Reichskanzler übergeben und wird auf diesem Wege eine Erledigung herbeiführen. Er wird sich von diesem Standpunkt weder durch persönliche Angriffe noch durch Drohungen mit Enthüllungen, die er übrigens in keiner Weise zu fürchten hat, abbringen lassen. — Wie den Blättern mitgeteilt wird, ist der sächsische Ministerpräsident in der Reichstagsausschußsitzung anwesend gewesen, mußte aber bereits Samstag mittag nach Dresden zurückkehren. Eine Aussprache zwischen ihm und dem Reichskanzler konnte daher nicht stattfinden. Es ist aber anzunehmen, daß in der nächsten Zeit Gelegenheit zu einer solchen Aussprache sein wird.

Richtlinien für die Lohnbildung.

Die Vorstände der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben die Richtlinien zur Lohnfrage in Berlin in folgender endgültiger Fassung genehmigt:

1. Um sich ein einwandfreies Urteil über die Erhaltung der Kaufkraft des Lohnes und über die richtige Lohnhöhe zu bilden, ist es nötig, die jeweiligen Lohnbeträge in Grundlohn und Multiplikator zu zerlegen. Der jeweilige Tariflohn ist also Grundlohn mal Multiplikator und ist den Arbeitern wöchentlich, bei Angestellten wöchentlich oder dekadenweise zu verabreichen.

2. Für einen Zeitraum von vier bis acht Wochen legen die Tarifparteien den mit dem Multiplikator zu erhöhenden Grundlohn unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten beider Seiten fest.

3. Als Multiplikator soll eine aus der statistischen Erfassung der Lebenshaltungskosten (Kleinhandelspreis) gefundene Meßzahl verwendet werden. Bei örtlichen oder Bezirkstarifverträgen empfiehlt sich die Anwendung entweder der vom statistischen Reichsamt errechneten Indexzahl oder eine nach ähnlichen Grundsätzen wie denen des statistischen Reichsamts aufgebaute Meßzahl der Tarifvertragsparteien oder anderer Stellen von beiderseitig anerkannter Autorität.

4. Bei einer Festsetzung der jeweiligen Lohn- oder Gehaltshöhe hat man zu unterscheiden a) die Lohnwoche, das heißt die Woche, für die der Lohn verdient wird; b) den Festsetzungstag der Meßzahl und den Festsetzungstag des Lohnes (letzterer wird zweckmäßigerweise möglichst mit dem ersteren zusammengelegt; c) den Auszahlungstag; d) die Verbrauchswoche.

5. Ob diese Schätzung richtig gewesen ist, wird man erst beurteilen können, wenn die Meßzahl für die Verbrauchswoche vorliegt. Ergibt sich dann, daß ein Zuwenig oder Zuviel an Lohn oder Gehalt bezahlt worden ist, so hat eine Korrektur in der Weise stattzufinden, daß dieser Differenzbetrag bei der nächsten wöchentlichen oder dekadenweisen Lohn- oder Gehaltberechnung hinzuzufügen bezw. abzusetzen ist.

Um nicht durch übermäßige Belastung der Lohnbureaus neue unproduktive Arbeit zu veranlassen, ist grundsätzlich daran festzuhalten, daß Wochen- oder Dekadenzahlung der richtige Weg ist, und daß in Zeiten starker Geldentwertung durch die oben dargelegte Voraussetzung ein Gegengewicht gegen die Geldentwertung gegeben ist. Deshalb sind mehrmalige Zahlungen in der Woche nur in ganz besonderen Ausnahmefällen, wie sie zum Beispiel in den ersten Wochen des August 1923 eintraten, vorzunehmen.

Die vorstehenden Richtlinien sollen zunächst für die Uebergangszeit bis zur Schaffung eines auch für die Lohnzahlung in Frage kommenden wertbeständigen Zahlungsmittels dienen. Die beiderseitigen Spitzenverbände sind sich darüber klar, daß das Lohnproblem nur in Verbindung mit dem Währungs- und Produktionsproblem endgültig gelöst werden kann. Deshalb bilden die Spitzenverbände einen lohnpolitischen Ausschuß mit der Aufgabe, das Lohnproblem zu erörtern und möglichst auch Vorschläge zu seiner Lösung zu machen. Der Ausschuß soll noch in der kommenden Woche zusammentreten.

Bezahlung des Brotgetreides mit Goldanleihe.

Um der Reichsgetreidestelle die baldige Beschaffung erheblicher Mengen von Brotgetreide aus dem Inland zu sichern und den Landwirten die Möglichkeit zu geben, ihr Getreide in wertbeständigen Zahlungsmitteln anzulegen, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die Reichsgetreidestelle ermächtigt, Brotgetreide, das ihr noch im Laufe des September angeliefert wird, mit Goldanleihe zu zahlen, damit ferner der Landwirt in der Lage ist, die von ihm nach dem

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gesetz über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August 1923 in Gold zu leistende Reichsabgabe gewissermaßen mit seinem Getreide zu bezahlen, sind die Finanzkassen gleichzeitig angewiesen worden, diese Goldanleihestücke zur **Tilgung der Landabgabe** als Zahlung in Gold im Sinne des genannten Gesetzes zum Nennwert anzunehmen Zu diesem Zweck werden die von der Reichsgetreidestelle in Zahlung gegebenen Goldanleihestücke mit einem Begleitschreiben versehen, das den entsprecheuden Verkehr für die Finanzkasse enthält. Der Landwirt hat daher die Wahl, ob er die Goldanleihestücke zur Tilgung der Landabgabe oder in anderer Weise verwenden will.

Ministerielle Sonntagsreden in Frankreich.

Berlin, 10. Sept. Mit der Antwort auf die Rede Dr. Stresemanns am vorletzten Sonntag in Stuttgart hat der französische Ministerpräsident eine Woche lang auf sich warten lassen. Gestern hat er in einer seiner üblichen Kriegerdenkmalenthüllungsreden zu Damvillers Stellung dazu genommen, Aber nicht sachlich, sondern wie üblich von grundfalschen Voraussetzungen ausgehend. So glaubt er, mit dem jetzt eingetretenen Zusammenbruch der deutschen Währung müsse zwangsläufig auch der Widerstand im Ruhrgebiet zusammenbrechen. Zweifellos ist im gegenwärtigen Augenblick eine Verständigung über das Ruhrgebiet auch im deutschen Interesse durchaus erwünscht, denn man kann und will nicht verhehlen, daß das Reich und die Reichsfinanzen mit den Ausgaben für die Ruhrhilfe außerordentlich stark belastet sind und weiter sein werden. Diesem Wunsche nach Verständigung hat der Reichskanzler auch einen unzweideutigen Ausdruck gegeben und eine eine Basis zur Verständigung war, wie das von der englischen Regierung und von amerikanischen Journalisten anerkannt wurde, auch bereits zur Zeit der Regierung Cuno vorhanden. Poincare glaubte auch gestern wieder einen Gegensatz zwischen Regierung und Ruhrbevölkerung feststellen zu müssen, indem er behauptet, diese Bevölkerung wolle nichts anderes als arbeiten und sich mit Frankreich verständigen, um Lieferungen zu ermöglichen, die man ihm schulde. Gerade die zweite Hälfte der letzten Woche hat uns im Gegensatz hierzu fast täglich Zeugnisse gebracht dafür, daß die Bevölkerung des Ruhrgebiets vollkommen hinter dem passiven Widerstand steht. In der Politik des Reichskanzlers ist zwar eine Verständiguung mit Frankreich angestrebt, aber sie fordert die Unversehrtheit deutschen Bodens, deutschen Eigentums und deutscher Menschen. Es ist nicht anzunehmen, daß bei den täglich rücksichtsloser werdenden Drangsalen, bei den schmachvollen Verordnuungen der Rheinlandkommission, die sich immer unverhüllter als ein Werkzeug französischer Gewaltpolitik aufführt, bei den Beraubungen der öffentlichen und privaten Kassen ein Wandel in der treu zum Reich haltenden Gesinnung der Ruhrbevölkerung sich vollzieht. Poincare mußte gestern unumwunden zugeben, daß die vom Reichskanzler angebotenen Pfänder und Garantien wertvoller seien, als die von der Ruhrpolitik erpreßten Erträgnisse, die mit der weiter fortschreitenden Besetzung immer geringer werden. Trotzdem fordert er aus Prestigegründen unbedingte Kapitulation. Was er hierunter versteht und wie sich eigentlich diese Kapitulation auswirken soll, ist bei der gegenwärtigen europäischen Lage und der Wirtschaftslage Deutschlands kaum zu sagen. Der Berliner Korrespondent der Times hat vor 2 Tagen erst festgestellt, daß die deutsche Regierung keineswegs gesonderte Verhandlungen mit Frankreich zu führen geneigt sei und durchaus zutreffend wies er darauf hin, daß von einer Kapitulation Deutschlands nicht die Rede sein könne, weil in diesem Falle eben, für Frankreich keine deutsche Regierung mehr vorhanden sei. Poincare bleibt trotz solcher und ähnlicher Warnungen auf seinem Standpunkt, der ihn die Gefahren nicht erkennen läßt, die auch für Frankreich in einem völligen wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch Deutschlands liegen.

Frankreich erwartet entscheidende deutsche Schritte.

Berlin, 10. Septbr. Die „B. Z. a. M." läßt sich aus Paris melden: Die gestrige Rede Poincares und die Berliner Meldungen über die Entschließungen des Reichswirtschaftsrates sowie die Erklärungen des Reichsministers des Innern bestärken in hiesigen politischen Kreisen den Eindruck, **daß vor Ende dieser Woche entscheidende deutsche Schritte zur Erweiterung der Entspannung** zwischen Deutschland und Frankreich erfolgen werden. Man versichert hier, zwischen der Reichsregierung und der französischen Botschaft in Berlin sei bereits eine gewisse Fühlungnahme zustande gekommen.

Die Ruhrfront bleibt fest.

Einige führende **Gewerkschaftler** aus dem Ruhrgebiet erklärten dem Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung" in Dortmund zur Frage des passiven Widerstandes: Die Gewerkschaften **sämtlicher politischer Richtungen** im Ruhrgebiet seien, entgegen anderslautenden Mitteilungen, fest entschlossen, im passiven Widerstand auch weiter zu verharren, bis die französische Eisenbahn- und Zechenregie aufgelöst und das Ruhrgebiet **militärisch geräumt sei.** Heute gelte noch wie kurz nach dem Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet die Losung: Unter französischen Bajonetten wird nicht gearbeitet.

Jeder einzelne im Ruhrgebiet habe riesige Opfer gebracht, weil der französische Druck schwer auf jedem lafte. Gut und Blut hätten wir geopfert, aber der Kampf der Franzosen gegen die Gewerkschaften und die Betriebsräte habe die Gewerkschaften zu einem festen Abwehrblock zusammengeschweißt. Die Gewerkschaften seien die Träger des passiven Widerstands geworden und würden es bleiben bis zur vernünftigen Lösung der Ruhrfrage. Fiele heute der passive Widerstand zusammen, dann brächen gleichzeitig die gewerkschaftlichen Organisationen auseinander, die Arbeiterschaft würde wie eine führerlose Herde den französischen Entschädigungs- und Ausbeutungsplänen rettungslos verfallen. Die gewerkschaftlich organisierte und wohldiziplinierte Arbeiterschaft an der Ruhr wisse das und halte entschlossen am passiven Widerstand fest. Mit starker Betonung erklärten die Gewerkschaftler: **„Die Ruhrfront bleibt fest."**

Englische Urteile über Frankreich.

London, 9. Sept. Der ehemalige englische Finanzminister Horne erklärte in einer Rede in Troon zu der letzten Reparationsnote Poincares: Während Poincare behauptet, daß Frankreich seine Schulden an Großbritannien nicht verwerfen werde, ziele er in seinem Vorschlag, der in der Sprache eines **Ultimatums** gemacht worden sei, in Wirklichkeit auf eine **derartige Verwerfung hin.** Poincare verlege sich darauf, zu behaupten, daß England seine Freunde schlecht behandele, schlechter als seine Feinde. Dies sei ein völliges Mißverstehen der Tatsachen. England beabsichtige, von Deutschland alles zu verlangen, was Deutschland zahlen könne. Horne verglich sodann die Lage Frankreichs mit der Englands und betonte, daß sogar die Schrecken und Sorgen des Krieges in mancher Hinsicht besser und erträglicher gewesen seien, als die durch die sich langhinziehende Agonie und der Fortdauer der Rechtlosigkeit entstandene Not. Das Ergebnis des Erwerbs Elsaß-Lothringens durch Frankreich sei gewesen, daß Frankreich dem britischen Eisen- und Stahlhandel ein furchtbarer Konkurrent geworden sei. Frankreichs Ausfuhr an Eisen- und Stahlerzeugnissen beginne ein erschreckendes Maß anzunehmen. Der Besitz dieses Gebietes mache Frankreich zu einem weit reicheren Land als zuvor und zerstöre jeden Grund, daß Großbritannien einen Teil der Lasten Frankreichs tragen solle.

Frankreichs Angst vor der Goldanleihe.

Kehl, 9. Sept. Die interalliierte Rheinlandskommission hat auch für das Brückenkopfgebiet Kehl die Zeichnungen für die Goldanleihe verboten mit der Begründung, daß sie dazu bestimmt sei, den **passiven Widerstand zu finanzieren.** Keine Bank im Kehler Brückenkopf darf Zeichnungen auf diese Anleihe entgegennehmen.

Ein Engländer über den passiven Widerstand.

In einer Rede, die E. D. Morel (Herausgeber von „Foreign" Affairs") vor kurzem im englischen Unterhaus hielt, äußerte er sich wie folgt über den passiven Widerstand:

„Ich möchte in diesem Haus, sowie ich es schon außerhalb seiner Wände getan habe, meine Meinung dahin kundgeben, daß die Weltgeschichte kein erhabeneres Beispiel vom Kampf der moralischen Kraft gegen die militärische Macht aufzuweisen hat, als die Haltung der Ruhrbevölkerung. Gegenüber den äußersten Provokationen, trotz kleinlicher Beleidigungen und Demütigungen und Aergernisse jeder Art, trotz täglicher Tyranneien, des Schließens der Schulen, der Wegnahme der Krankenhäuser, der Sperre des Verkehrs, des Telephons und des Telegraphen, des Stehlens privaten Eigentums, des Ausraubens der Fußgänger auf offener Straße, der Prügeleien im Gefängnis, trotz der gänzlichen Zerstörung der bürgerlichen Lebensführung, ohne die grausamen Massenausweisungen zu erwähnen, die mit dem empörendsten Zynismus durchgeführt werden. Trotz aller dieser Dinge hat die Arbeiterbevölkerung standgehalten und sich in ihrem Entschluß nicht irre machen lassen. Und ich für mein Teil bin stolz darauf, daß irgend ein Volk, welcher Nation es auch angehöre, **die Macht des Willens über die des Schwertes bewiesen hat.** Und so überzeugt wie ich bin, daß dieses Beispiel der Ruhrbevölkerung bis in die fernste Zukunft nicht vergessen wird, ebenso überzeugt bin ich, daß die Stellungnahme jener Bevölkerung und ihr Festhalten daran das einzige ist, was die Welt schützt vor der Herrschaft einer militärischen und wirtschaftlichen Macht und vor der Vernichtung, welche diese Herrschaft unfehlbar mit sich bringen würde."

Kennworthy über die Lage Deutschlands.

London, 8. Sept. Das englische Parlamentsmitglied Kennworthy äußerte sich in einer Unterredung mit dem politischen Berichterstatter des „Manchester Guardian" pessimistisch über die augenblickliche Lage in Deutschland, von wo er soeben zurückgekehrt ist. Er sagte, die Deutschen würden den **passiven Widerstand fortsetzen, solange sie können.** Die Regierung Stresemann sei die letzte konstitutionelle Regierung in Deutschland Wenn sie falle, würde eine Balkanisierung Deutschlands stattfinden. Was die deutsche Regierung unverzüglich brauche, seien Kredite für den Ankauf von Weizen, Kohle und Fetten. Die englische Regierung könne diese natürlich nicht gewähren, aber die englischen Bankiers könnten es tun, wenn sie Deutschland wirklich retten wollten. Die britische Regierung müsse ihre Verhandlungen mit Frankreich beschleunigen und nicht Wochen zwischen Noten vergehen lassen.

Französisches Zeugnis gegen Versailles.

Paris, 8. Sept. In einer der Ruhrfrage gewidmeten Nummer der in St. Etienne herausgegebenen Revue des „Christianismus social" finden sich die folgenden Bemerkungen des französischen Professors Charles Gide über den Versailler Vertrag :„Die ernstesten Irrtümer sind nach meiner Ansicht: 1. daß von Anfang an bis heute **jede Unterhaltung mit Deutschland systematisch verweigert worden ist**, was es nun berechtigt, diesen Vertrag zurückzuweisen als einen Gewaltakt, der ja das Wort „Vertrag" in sich einschließt, wenn nicht eine Zustimmung, so doch wenigstens eine Diskussion zwischen den beiden Parteien, 2. daß man die Reparationsentschädigung gründen wollte nicht auf eine moralische Verpflichtung, welche Deutschland niemals geleugnet hat, sondern auf ein von Deutschland **erpreßtes Schuldbekenntnis**, durch Artikel 201, was nicht nur jede christliche Seele, sondern auch jedes rechtliche Gewissen empören muß, 3. daß man dem geschädigten Teil das Recht überlassen hat, selbst den erlittenen Schaden abzuschätzen; ohne daß man weder die gegnerische Partei, noch einen unparteiischen Dritten zur Diskussion über die Abschätzung zugelassen hätte; 4. daß man nicht verstanden hat, daß unsere Situation als Schuldner Amerikas und Englands uns gebietet, gewisse Rücksichten auf unsere eigenen Schuldner zu nehmen." Daran knüpft er die nachstehende Bemerkung über die nachträgliche Sanktionierung des **rechtsungültigen Versailler Vertrages** durch die Ruhr-Besetzung: „Und daß man durch die gegenwärtige Besetzung der Ruhr die **Gewalttaten** der deutschen Armee durch genau dieselben Gewalttaten rückwirkend sanktioniert — Massenausweisungen Verurteilungen, Geiselsystem, Unterdrückung der Presse — die nicht einmal in Kriegszeiten mildernde Umstände für sich in Anspruch nehmen konnten, geschweige denn, wie man sagt, in der Ausführung eines Friedensvertrages und in Anwendung eines Artikels, der die ironische Grausamkeit enthält, daß Deutschland „sich verpflichtete, darin keinen feindseligen Akt zu erkennen". Zweifellos hat man das Recht, das Gut des zahlungsunfähigen Schuldners zu pfänden; **aber nicht, eine ganze Bevölkerung zu quälen**, um einen Schuldner zum Zahlen zu zwingen. Was können diese 20 000 ausgewiesenen Eisenbahner-Familien, die nicht einmal ihre Möbel mitnehmen durften, dafür, daß das Reich nicht bezahlt hat?"

Sozialdemokratie und Völkerbund.

Ein Urteil der Schweizer Sozialdemokratie.

Die „Berner Tagwacht", das offizielle Publikationsorgan der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, beschäftigte sich vor einigen Tagen unter der Ueberschrift **„Auf Abwegen"** mit der bekannten programmatischen Forderung der deutschen Sozialdemokratie an die so plötzlich über den Haufen geworfene Regierung Cuno, „Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde". Das Blatt schreibt in diesem Artikel an erster Stelle u. a. folgendes seinen deutschen Parteigenossen ins Stammbuch: „Welche Erwartungen die Leitung der deutschen Sozialdemokratie in den Völkerbund setzt, ob sie von ihm die Lösung des Ruhrkonflikts erwartet, ob sie hier glaubt, das Gewissen der Welt zu finden, ob sie hier glaubt, Rettung und Hilfe zu gewinnen, und wäre es auch nur in der Form einer Wucheranleihe nach dem Muster von Oesterreich — wir wissen es nicht. Aber das wissen wir, daß die Leitung der deutschen Sozialdemokratie im Begriffe ist, dank einer ganz falschen Einstellung, die

---

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

13) Nachdruck verboten.

„Sie wissen ja, wie eine kleinstädtische Gesellschaft ist. Der Oberförster und die Gräfin taten immer sehr vertraut miteinander, und unsere lieben Kattenhausener Damen klatschten gerne, wie alle ihres Geschlechts .... ja, du gehörst auch dahin, meine liebe Erna; droh' mir nur nicht mit dem Finger. Wenn ein Herr und eine Dame ein bißchen freundlich miteinander plaudern, so denkt ihr gleich es müsse ein Liebesverhältnis auf Tod und Leben sein. Tatsache ist, daß die Gräfin nach dem Tode ihres Mannes Kattenhausen verlassen hat und daß keine nachweisbaren Beziehungen zwischen Ritter und ihr mehr bestehen. Vielleicht haben gar keine bestanden, vielleicht war die Sache wirklich nur unnützes Gerede. Daß Wächter dieses Gerede kannte, scheint mir zum mindesten wahrscheinlich."

„Die Tatsache, lieber Richard, ist aber doch nicht abzuleugnen, daß der Wilddieb bis zu seiner Verurteilung dabei blieb, der Oberförster habe geschossen, nicht er, und daß ein unheilbarer Bruch zwischen Ritter und dem Grafen stattgefunden hatte, ist auch erwiesen. Wenn sich aber zwei Männer so furchtbar hassen, wie diese beiden, dann steht immer eine Frau dazwischen. Kurz, ich will Ihnen nur beweisen, lieber Freund," wandte sich die Direktorin jetzt an Max, „was Kattenhausen über den Oberförster denkt. Ein so hartes Urteil kommt nie ohne Veranlassung, es hat immer seinen Grund in dem Benehmen des Verurteilten, und ich muß sagen, die ganze Art des Oberförsters spricht dafür, daß er so etwas tun kann."

„Aber Erna, wie kannst du so reden. Ein Wilddieb, der überrascht wird und seinen Gegner niederknallt, handelt ganz ohne Ueberlegung, er sieht nichts als das Hindernis, und die Waffe in der Hand wirkt wie ein natürliches Verteidigungsmittel. Er drückt los und befreit sich von dem Hindernis. Aber der Fall Ritter-Löbau liegt doch anders. Der Oberförster mußte sofort die ganze Situation überschauen, er mußte mit vollkommener Ueberlegung handeln; und dazu gehört doch schon eine Verkommenheit, wie sie Ritter in keiner seiner Handlungen bisher nachzuweisen ist. Ich meine doch, man soll da äußerst vorsichtig sein, und das Gericht hat sehr recht getan, daß es der Aussage eines notorischen Wilddiebes nur soweit Glauben beimaß, als es in eine ernsthafte Prüfung von Ritters Schuldfrage eintrat. Die Kattenhausener ergreifen gerne Partei für einen Wildschützen. Das ist so ein altgermanischer Zug. Das Wild läßt der liebe Gott für jeden Mann wachsen, sagen sie sich, warum soll die Jagdberechtigung nur den besser situierten Leuten zustehen. Mit der Sympathie für den Wilddieb geht naturgemäß die Antipathie gegen den Förster."

„Jedenfalls ist es eigentümlich, Herr Direktor, daß ein derartiger Verdacht überhaupt in dem Gedankenkreis der Kattenhausener Gesellschaft Platz greifen konnte."

„Das Auffälligste ist das milde Urteil gegen den Peter Wächter, er hat, glaube ich, nur zwei Jahre bekommen, weil ihm tatsächlich nicht nachzuweisen war, daß er geschossen hatte. Und, sehen Sie, ein anderer Punkt, der Postenlauf in Ritters Drillung war abgeschossen, wie leicht hätte der Oberförster, wollte er jedem Verdacht begegnen, den Lauf reinigen und eine neue Patrone einschieben können. Aber er tat es nicht, sondern räumte ganz ruhig ein, daß er nach einem Fuchs geschossen, ihn aber gefehlt habe."

„Und das Gewehr des Wildschützen?"

„Ja, daraus war nichts zu ersehen. Wächter führte eine amerikanische Mehrladeflinte mit zehn Schüssen, und im Magazin steckten fünf Patronen. Der Wilddieb behauptete, er habe das Gewehr nicht vollgeladen, weil es sonst zu schwer sei; auch ein plausibler Grund."

„Dann mußte aber doch am Ort der Tat entweder die Patronenhülse des Wilddiebs oder die des Oberförsters gefunden werden."

„Keins von beiden ist geschehen."

„Dann muß der Oberförster angeben, an welcher Stelle er nach dem Fuchs geschossen, und dort muß die Patronenhülse gefunden werden."

„Ritters Patronenhülse ist ja da, er habe die Gewohnheit gab er an, auf einfachen Pirschgängen die abgeschossenen Hülsen in die Tasche zu stecken, um sie wieder zu benutzen."

„So blieb also nur die Frage nach der Hülse des Wildschützen."

„Die hat man eben trotz eifrigen Suchens nicht gefunden. Aber auch das ist kein Grund zur Annahme, der Schuß sei nicht aus Wächters Gewehr gefallen, denn so eine Patronenhülse ist ein kleines Ding und entzieht sich leicht dem Auge. Besonders an einer Stelle, wie der, wo der Mord begangen wurde. Ich weiß nicht, lieber Kollege, ob Sie sich des schmalen Pfades erinnern, der anfänglich an der Kinzig entlang, dann plötzlich tief in den Wald einbiegt und schließlich auf eine Schonung läuft, die schon zum Löbauschen Revier gehört. Am Rande dieser Schonung, die außerordentlich dicht und struppig bewachsen ist, hat das Rencontre stattgefunden. Wie leicht kann da eine Patronenhülse verloren gehen. Die Untersuchung hat sich zwar alle Mühe gegeben, rundum wurde das Gestrüpp rasiert, aber das corpus delicte nicht gefunden. Es kann niemand behaupten, daß das Fehlen der Hülse ein Beweis für die Unschuld Wächters gewesen wäre, auch nicht der Umstand, daß das Gewehr, als es der Oberförster konfiszierte, von neuem fertiggemacht war. Wir alle wissen, daß bei den Mehrladegewehren die Bewegung des Auswerfens der Patrone mit dem Wiederladen identisch ist. Kurz, der Fall ist dunkel und wird wohl nie aufgeklärt werden. Der einzige Zeuge ist tot, und wer weiß, ob der Graf, selbst wenn er noch lebte, eine richtige Vorstellung von dem Geschehenen gewonnen hätte."

„Sehr seltsam, sehr seltsam! Soll sich Ritter so zu seinem Nachteil entwickelt haben?"

„Ja, das hat er."

„Sprich kein absolutes Urteil aus, liebe Erna, der Fall ist dunkel, dunkel, dunkel, und wir haben nicht das Recht, zu richten. Eure Gefühle, ihr Frauen, sind immer falsch, weil sie subejktiv sind. Du weißt einmal, daß Ritter deine Jugendfreundin schlecht behandelt, das genügt vollkommen für dich, ihn auch eines Mordes für fähig zu halten. Ich dagegen meine, das Vorleben des Oberförsters spricht keineswegs für eine etwas brutale Natur, und er führt ein wildes Leben, behandelt seine Gattin schlecht, kümmert sich nicht um seine Kinder, aber er ist doch ein Beamter von vorzüglichen Qualitäten und hochangesehen bei seinen Vorgesetzten, und ein so schwerer Vorwurf, wie der des Mordes, verdiente doch eine ernsthaftere Begründung, als die, daß Ritter ein Haustyrann ist."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

deutschen Arbeiter irrezuführen. Denn sie muß sich klar sein, daß sie mit dem Appell an den Völkerbund Hoffnungen im deutschen Arbeiter erweckt, die nie und nimmer eintreten werden, eintreten können, weil das, was in Genf existiert und den Namen Völkerbund trägt, kein Völkerbund ist. Die „Liga der Nationen", die sich **besser Lüge** der Nationen nennen würde, ist ein Gebilde von **Frankreichs Gnaden,** ohne dessen Zustimmung Deutschland niemals Zutritt, geschweige denn je Hilfe finden wird. Es heißt noch das ganze, von den siegreichen Mächten **zur Sicherung ihrer Eroberungen** und Einflüsse geschaffene Gebilde total verkennen, heißt auch das Wesen des imperialistischen Kapitalismus verkennen, wollte man von einer Institution, die er aus nächstem, eigenem Interesse gegründet hat, die Lösung internationaler, imperialistisch-kapitalistischer Konflikte erwarten. Die ganze bisherige Arbeit dieses Völkerbundes ist ja Beweis genug, daß er nur dann und nur dort interveniert, wo es der Wunsch der Alliierten ist. Als Jesus am Kreuze hing, gab man ihm einen in Essig getauchten Schwamm. Soll der Völkerbund der Essigschwamm sein, der den deutschen Arbeiter für den Moment beruhigen, ihn ablenken soll, auch auf die Gewißheit hin, daß doch nichts anderes als Essig daraus fließen wird? Die neue Parole mutet an wie die Verlegenheitsparole einer Leitung, die durch immer neue Frontveränderungen einem notwendig gewordenen Kampf ausweichen möchte."

Lösung des italienisch-griechischen Konflikts?

Sowohl die italienische wie die griechische Regierung hat der Entscheidung zugestimmt, die der Pariser Botschafterrat am Freitag mit so bezeichnender Eile gefällt hat. Damit dürfte die aus diesem Streit so jäh aufgeloderte akute Kriegsgefahr zunächst beseitigt sein. Zunächst — denn der Spruch von Paris bedeutet natürlich keine endgültige Entscheidung, sondern bloß eine Unterwerfung unter den Untersuchungsausschuß unter der Aegide des Botschafterrates. Darin liegt ja nun eine gewisse Genugtuung für Griechenland, daß die entscheidenden Forderungen Mussolinis, deren Brutalität gerade in dem einseitigen Diktat lag, nun geknüpft sind an das Ergebnis der Untersuchung und daß das italienische Hineinregieren in diese Untersuchung beseitigt ist. Auch setzt dann nach dem Ergebnis des Falles der Botschafterrat erst die Höhe der Entschädigungspflicht Griechenlands fest. Auch der weite imperialistische Flug, den die Italiener sich mit der Besetzung von Korfu beginnend dachten, ist beschnitten worden, Mussolini hat „freiwillig" die Räumung von Korfu nach Erledigung der griechischen Auflage feierlich versprochen. Sonst freilich bedeutet der Spruch des Botschafterrats inhaltlich und besonders politisch einen starken Erfolg für Mussolini. Im Grundsatz nimmt er die harten italienischen Forderungen an und neigt auch ziemlich dazu, die noch nicht bewiesene, ja vielleicht heute mehr als vor 8 Tagen in Frage gestellte Schuld Griechenlands einfach vorauszusetzen. Hauptsächlich aber hat Mussolini die Genugtuung, daß durch die rasche Entschließung des Rates der ihm so unsympathische **Völkerbund ausgeschaltet worden ist.** Das war wohl auch der Hauptzweck der Eile, die die Herren in Paris hatten, und der salomonischen Haltung ihres Spruches, der nichts endgültig entscheidet und beiden Beteiligten Brücken baut. Der Völkerbund ist der Blamierte und Geschlagene dieser diplomatischen Schlacht; und es ist die Frage, ob sich nun seine ernsten Vorkämpfer einfach darein fügen, daß man sie so schnöde beiseite geschoben hat. Seinem Ansehen ist ein Stoß versetzt, der fast tödlich sein müßte, wenn der Völkerbund überhaupt mehr wäre als ein lebender Leichnam.

Enttäuschung in London.

London, 10. Sept. Die Regelung des italienischen Konflikts erregt hier weiter sehr **geringe Befriedigung,** weil diejenige Frage, die England am meisten interessiert, nämlich die Frage der Räumung Korfus, vorläufig nicht gelöst erscheint. Die englische Auffassung geht dahin, daß die Räumung Korfus sofort erfolgen müsse, wenn Griechenland die gestellten Bedingungen erfüllt habe, während man auf der anderen Seite befürchtet, daß Mussolini erst die Ergebnisse der internationalen Untersuchungen der Mordtat abwarten wolle, die sich durch Wochen und Monate hinziehen könne. Die Regierungsblätter verlangen deshalb, daß Mussolini eine deutliche und befriedigende Erklärung über die Räumungsfrage abgebe. Tue er das, so sei der Konflikt als beendet zu betrachten, tue er es nicht, so wird abermals mit dem Völkerbund gedroht. Dabei wird betont, daß England seine Handlung lediglich und ausschließlich von dieser Frage abhängig gemacht sehen will. Im übrigen sei es Tatsache, daß die kleinen Mitgliederstaaten des Völkerbunds über den Verlauf der Dinge recht enttäuscht seien, da schließlich doch nicht der Völkerbund, sondern auch eine interalliierte Körperschaft die Regelung des Konflikts in die Hände genommen habe, aber sie müßten sich daran erinnern, daß es vor allem darauf ankomme, den Frieden zu erhalten. Deshalb sei es im Augenblick ratsam, daß sich die kleinen Staaten möglichst vorsichtig benehmen, falls der Konflikt nochmals in der Vollversammlung des Völkerbundes zur Sprache kommen sollte. Im übrigen kann die Haltung der offiziösen Presse nicht über den Ernst der diplomatischen Lage hinwegtäuschen, die durch die englische Aktion entstanden ist. Observer stellt in dieser Hinsicht fest, daß die Beziehungen zwischen England und Italien einen ernsten Stoß erhalten haben, von dem sie sich lange nicht erholen würden, denn es sei der englischen Politik in der Ruhrfrage die Grundlage entzogen worden. **Rom sei verpflichtet, Paris in der Ruhrfrage zu unterstützen als Gegenleistung der französischen Unterstützung des italienischen Vorgehens in der Korfufrage.** Daily Telegraph gibt das Gerücht wieder, daß die Annexion Fiumes durch Italien zu erwarten sei. Zugleich rechnet man in Serbien mit einem Angriff bulgarischer Banden, der Mitte des Monats erfolgen werde. In Italien seien große militärische Vorbereitungen zu beobachten.

Das Fiasko von Genf.

London, 10. Sept. Garvin schreibt im Observer über das „Fiasko von Genf" die geschichtliche **Freundschaft zwischen England und Italien habe einen solchen Schlag erhalten,** daß es lange dauern werde, bis sie sich davon erholt habe. Die diplomatische Grundlage der neuen Politik Englands bezüglich des Ruhrgebiets sei zerstört worden. Rom sei gezwungen, Paris mehr Unterstützung in der Ruhrfrage zu geben im Austausch gegen die Unterstützung, die Paris Rom in der italienisch-griechischen Frage gebe. **Der augenblickliche Völkerbund sei dem Selbstmord nahe gekommen.** In keiner Frage wagte der Bund gegen Frankreich aufzutreten. Er stehe beiseite, während das Ruhrelend sich acht Monate hinschleppe, und weit mehr Tötungen von Menschen verursache, die so unschuldig seien wie die Opfer von Korfu und unsägliches Leiden verbreite. Wenn man keine Ruhrinvasion erlebt hätte, hätte auch keine Beschießung Korfus stattgefunden. Die Frage von Leben oder Tod für Europa sei, ob der Völkerbund bald von dem, was er jetzt ist, zu dem gemacht werden solle, was er sein müßte. Der Völkerbund werde niemals seines Namens oder seiner Lebenszwecke fähig sein, bevor er nicht Deutschland und Rußland unter gleichen Bedingungen zu seinen Mitgliedern zähle.

Das Erdbeben in Japan.

Japanische Wiederaufbaugesetzgebung.

Tokio, 8. Sept. Bisher sind in Tokio 32 564 Tote mit Sicherheit festgestellt worden. **3 kaiserliche Verordnungen** sind herausgegeben worden. Nach der ersten wird derjenige, der den jetzigen Zustand des Landes zu unberechtigten Gewinnen ausnützt, zu Gefängnis oder hohen Geldbußen verurteilt. Nach der zweiten wird ein 30tägiges Moratorium, ausgenommen für Löhne, eingerichtet. Nach der dritten werden hohe Gefängnis- und Geldstrafen gegen den angedroht, der Gerüchte verbreitet, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu stören. Heute kann man schon überblicken, daß die Katastrophe auch schwere politische Auswirkung insbesondere mit Bezug auf den Zustand der Flotte gehabt hat. Japan ist nicht mehr die Seemacht ersten Ranges, die es vor der Erdbebenkatastrophe war. Ein Teil der Flotte ist zum mindesten schwer beschädigt worden. Die 2 Kapitalschiffe Aci und Milkasa sind von der Springflut förmlich verschlungen worden.

Von den Deutsch-Amerikanern.

Wir tun unseren Landsleuten in Amerika, jedenfalls ihrer größeren Mehrzahl, bitteres Unrecht, wenn wir aus der Tatsache, daß die Regierung der Vereinigten Staaten unseren Drangsalen gegenüber völlig untätig bleibt, die Folgerung ziehen, die Stammesbrüder über dem großen Teich hätten für unsere Leiden kein Herz und tauchen zu unseren Gunsten nicht einmal eine Feder ein. Ein kürzlich aus Cleveland eingetroffener Privatbrief gibt in dieser Hinsicht folgende beachtenswerte Aufklärung: „Seit dem Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet werden Proteste über Proteste nach Washington geschickt von großen Vereinen, Kirchengemeinden und hervorragenden Deutschen. Amerika hat bis jetzt keinen Finger gerührt. Wir Deutsche sind machtlos trotz aller Anstrengungen, Euch zu helfen. Wir haben nur tiefes Mitgefühl und können nur seufzen: Armes Deutschland! Ein Deutsch-Amerikaner war mit seiner Frau in Bochum, seiner Heimat; er konnte das Schreckliche, was er sah und hörte, nicht verwinden und stürzte sich auf der Heimreise ins Meer."

Dieselbe private Zuschrift übermittelt einen Ausschnitt der „Cincinnatier Freien Presse" über die Frage, wie etwa die Amerikaner sich bei einer derartigen Knebelung ihrer Unabhängigkeit verhalten würden; die Erörterung ist zugleich ein bezeichnender Beleg für die Verschiedenheit der Gefühlswelt des britischen und nordamerikanischen Angelsachsentums. Das Blatt schreibt nämlich: „Der Engländer H. G. Wells zeigt in wahrhaft plastischer Weise den Unterschied zwischen Amerikanern und Deutschen. Er behauptet, wenn die Amerikaner sich in der gleichen Lage befänden, wie die Deutschen, so würden sie sich die Geschichte mit einem Yankeewitz von der Seele lachen und an die Arbeit gehen. Während des Krieges hat Wells, der übrigens ein begabter und fruchtbarer Schriftsteller ist, in Propaganda gemacht. Seine Propagandaschriften waren so ziemlich das Giftigste und Gehässigste, was auf diesem Gebiete produziert wurde. Nach dem Kriege hat er gleich so manchen seiner Landsleute allerlei Bekenntnisse abgelegt und auch viel Freundliches und Sympathisches über die Deutschen gesagt. Aber mit seiner obigen Behauptung haut er daneben. Daß die Yankees viel Humor haben und sich in alle möglichen schlimmen Lagen schicken können, soll ihnen nicht abgestritten werden. Aber wenn sie einen Bluthund wie Poincare an der Gurgel sitzen hätten, und ihm wehrlos ausgeliefert wären, so würde auch ihnen der Humor vergehen. In solcher Lage hilft nichts anderes als das Heldentum des Duldens, wie es im passiven Widerstand des Volkes an Rhein und Ruhr zum Ausdruck kommt. Es hat auch keinen Zweck, an die Arbeit zu gehen, weil Frankreich die Deutschen nicht arbeiten lassen will. Das arbeitende Deutschland ist Frankreichs größte Gefahr. Denn Arbeit schafft Werte und letzten Endes Macht und Weltgeltung, und gerade das ist, was Frankreich nicht zugeben will. Jener Ausspruch des Engländers beweist eine gänzliche Verkennung der wirklichen Sachlage."

Steuerreform — Wirtschaftsreform.

w Aus den Kreisen fast aller Gewerbetreibenden sind dringende Warnungen laut geworden, die Belastung der Wirtschaft nicht über das Maß des Erträglichen hinaus zu steigern. Jahrelang hat man in Deutschland die öffentlichen Finanzen in Verfall geraten lassen und auf ein Wunder gewartet, durch welches die Katastrophe verhindert werden würde. Selbstverständlich hat kein deutscher Finanzminister in Reich und Ländern bewußt und absichtlich der Wirtschaft Lasten erspart und das öffentliche Finanzwesen ruiniert; man hat vielmehr im Glauben an eine Art wirtschaftlicher und finanzieller Natur-Heilmethode erwartet, daß die Erholung unserer Wirtschaft nach den schweren Kriegsjahren allmählich und von selbst auch eine Gesundung unserer öffentlichen Finanzen zur Folge haben werde, ohne daß außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen zu werden brauchten. Poincare hat einmal von dem „skandalösen Aufblühen" des deutschen Großgewerbes gesprochen und mit dieser Behauptung im Auslande und auch bei manchen Deutschen Glauben gefunden. Es ist erst sehr spät für alle deutlich zutage getreten, daß die „Riesengewinne" der deutschen Wirtschaft Schein gewesen sind, und daß kaum ein einziges gewerbliches Unternehmen von sich aus sagen kann, daß es in seiner Kapitalkraft und in seiner Ertragsfähigkeit heute ebenso dastehe wie vor dem Kriege.

Bis zum Ueberdruß ist von einsichtigen Wirtschaftskritikern versichert worden, daß die Schulden, welche die öffentlichen Organe auf sich nehmen, letzten Endes von der Wirtschaft getragen und abgetragen werden müßten. In den ersten Jahren nach Beendigung des Krieges hat die Umwandlung der auf feste Beträge lautenden Privatvermögen in immer wertloser werdende Papiermark den großen Fehlbetrag gedeckt, den unsere Volkswirtschaft aufwies. Wenn jetzt die innere Verschuldung Deutschlands eine Höhe von 300 Billionen Papiermark erreicht haben mag, so bedeutet das — in Edelvaluta umgerechnet — eine Summe von vielleicht 300 Millionen Goldmark. Sorgfältige Berechnungen haben ergeben, daß die deutsche Industrie ihr Kapital auch nicht mehr annähernd angemessen verzinsen kann. Nur ein geringer Bruchteil der deutschen Unternehmungen ist in der Lage, die jetzt beschlossenen und neu zu beschließenden Steuern aus altem Fett zu decken; für die Mehrzahl der Unternehmungen bedeutet die bereits durchgeführte und noch bevorstehende Steuerbelastung die Umwandlung der geringen Ueberschüsse in große Fehlbeträge. Verpfändungen und Veräußerungen großen Stils werden in den nächsten Wochen und Monaten vor sich gehen, obwohl wenig davon an die Oeffentlichkeit dringen dürfte. Die verzögerte Finanzreform ist zu einem Krisenfaktor ersten Ranges für die Wirtschaft geworden. Wiederholte Darstellungen unserer Lage durch amtliche und private Organe haben das Ausland nicht zu überzeugen vermocht. Es scheint, als müßten wir der Welt das Schauspiel einer Katastrophe bieten, ehe man erkennt, daß wir unter den gegenwärtigen Bedingungen wirtschaftlich nicht lebensfähig und auch nicht zahlungsfähig sind, und es auch nicht werden können. Das Reformwerk, welches das Kabinett Stresemann-Hilferding eingeleitet hat, ist erst in seinem ersten mechanischen Teil in Angriff genommen worden; der zweite — wichtigere und schwierigere — Teil steht uns noch bevor. Es sollte selbst dem härtesten Kopf eingehen, daß durch die Verhängung „brutaler Steuern" die Not nicht zu heilen ist. Zur Steuerreform muß die Wirtschaftsreform, d. h. eine großzügige Neubilanzierung unserer gesamten Produktion, treten. Wir haben nur die Wahl, die Massen unseres Volkes hungern zu lassen oder aber sie notdürftigst zu versorgen; eine Wiedereroberung der Lebenshaltung der Vorkriegszeit ist ein in den nächsten Jahren, vielleicht gar Jahrzehnten unerreichbares Ziel. Die Kapitalreserven und die laufenden Erträge der Wirtschaft werden bis hart an die Grenze des Erträglichen von der Oeffentlichkeit in Anspruch genommen werden, nicht minder aber auch die Arbeitskraft jedes einzelnen. Es wäre Wahnsinn, wenn sich die politischen und wirtschaftlichen Vertretungen der Massen auch weiterhin weigern würden, die Intensivierung und Vermehrung der Arbeitsleistung zu organisieren. Der Hebel muß an dem einzigen Punkt angesetzt werden, an welchem die Welt in Bewegung zu bringen ist: beim materiellen Interesse, und dieses kann nur durch gesteigerte deutsche Wirtschaftserträge geweckt werden."

Die Wohnabgabe ein Geschenk für wenige.

Das Reichsarbeitsblatt veröffentlicht einen Bericht über die jüngsten Verhandlungen des ständigen Ausschusses für das städtische Wohnungswesen. In dem Bericht finden sich einige recht wertvolle Feststellungen, die für die Oeffentlichkeit von Interesse sind. Da heißt es u. a.: Unter dem Druck der Wohnungsnot wurde das Schwergewicht mehr auf die vorübergehenden Maßnahmen zur Förderung der Bautätigkeit gelegt, während das eigentliche Ziel, der Ausgleich zwischen Mieten und Baukosten der Aufmerksamkeit mehr und mehr entglitten ist ... Zur Wohnungsabgabe wird gesagt: Der Ertrag ist von Jahr zu Jahr immer mehr hinter dem Bedarf so sehr zurückgeblieben, daß ein wirksamer Einfluß auf den Stand des Wohnungsmarktes mit ihrer Hilfe nicht mehr ausgeübt werden kann. Der Erfolg der Wohnungsabgabe für die Allgemeinheit der die innere Rechtfertigung jeder Steuer sein sollte, ist bei der Wohnungsabgabe fast **vollständig verschwunden,** und sie dient nur mehr dazu, **Zufallsgeschenke für einige Wenige zu gewähren** und zwar infolge der ungenügenden Zuschußsätze in der Regel für solche, die wirtschaftlich besser gestellt sind, als ein großer Teil der Steuerpflichtigen. Der Zustand ist heute der, daß der Wohnungsbau fast ausschließlich auf öffentliche Gelder angewiesen ist, daß es aber nicht mehr möglich ist, diese aus der dafür bestimmten Wohnungssteuer aufzubringen. Es ist unmöglich, den Wohnungsbau auf die Dauer aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Ueber die Möglichkeiten zur Wiederherstellung einer gesunden Bauwirtschaft sagt der Bericht: Die praktischen Maßnahmen dazu sind in erster Linie auf dem Gebiet der Mietpreispolitik zu treffen. Die geringen Mieten der Gegenwart stehen weder in einem angemessenen Verhältnis zum Einkommen und zu dem Aufwand für andere Lebensbedürfnisse, noch können sie als eine ausreichende Gegenleistung für die Ueberlassung einer Wohnung

Feurio
Kaufen Sie keine »billigen Waschmittel« auch wenn sie äußerlich schön aussehen, irgendwo rächt sich die minderwertige Qualität doch. Feurio enthält 80% Fett, ist daher die mildeste und sparsamste Haushaltseife.
TRUEB
Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

angesehen werden. Die Einschränkung in allen Lebensbedürfnissen, zu denen uns unsere fortschreitende Verarmung zwingt, wird auch, so bedauerlich das auch ist, zu einer Senkung der Wohnungsansprüche führen müssen. Solange die Mieten künstlich auf dem unverhältnismäßig niedrigen Gegenwartsstande gehalten werden, wird über diese Notwendigkeit Täuschung bestehen, die zu beseitigen auf die Dauer unerläßlich ist... Es muß mehr als bisher darauf Bedacht genommen werden, daß die Zuschläge der Grundmiete der Geldentwertung in vollem Umfang Rechnung tragen. **Daß vielfach politische Einflüsse sich einem solchen Verlangen entgegenstellen,** ist ein unerwünschter Zustand. Die Mieten sollen von solchen Stellen festgesetzt werden, die politischen Einflüssen dieser Art unzugänglich sind. Bemerkenswert ist, daß die Vertreter der Baugenossenschaften für die notwendige Instandhaltung der Häuser erheblich höhere Mieten als notwendig bezeichnen. Aus verschiedenen Gebieten wird berichtet, daß man in Neubauten eine Miete verlange, die 10 bis 1 2-Prozent des Einkommens erreicht und daß die Mieter imstande wären, eine solche Miete auch zu bezahlen. Die Frage, ob das Reichsmietengesetz in seiner jetzigen Form ausreichen wird, um die aus wirtschaftlichen Gründen notwendigen Mieterhöhungen durchzuführen, hat der Ausschuß verneint. Daß auch die Wohnungsabgabe hierfür nicht das geeignete Mittel ist, hat die Erfahrung gelehrt. Die in der Uebergangszeit für Zuschüsse notwendigen Gelder werden nach Auffassung des Ausschusses leichter zu gewinnen sein, wenn man an Stelle einer direkten Wohnabgabe eine **Abgabe vom gesteigerten Mieteinkommen des Hausbesitzes erhebt.** Die Wohnungspolitik darf man nicht nach den schwachen Mietern richten. Die Sorge für schwache Mieter müsse besonderen Fürsorgestellen überlassen bleiben. In Punkt 7 der Entschließungen, die der Ausschuß zum Abschluß seiner Beratungen gefaßt hat, wird eine beträchtliche Erhöhung der Mieten gefordert und als Richtlinie werden 10 bis 12 Prozent des Einkommens genannt.

*

Die Oeffentlichkeit wird besonders über die Feststellung bezüglich der Wohnungsabgabe erstaunt sein. Der Gedanke, daß man mit dieser Abgabe nur dazu beiträgt, einigen Wenigen, die es gar nicht nötig haben, ein Geschenk zu machen, trägt nicht gerade zur Erhöhung des Zahlungswillens bei. Von großer Bedeutung ist auch die Feststellung, daß bei der Wohnungs- und Mietpreispolitik politische Einflüsse eine große Rolle spielen. Also auch hier, wie bei allem, was heute in Deutschland geschieht. Wieviel Unglück für das deutsche Volk in den letzten Jahren daraus entstanden ist, daß überall politische Einflüsse, genauer gesagt, parteipolitische Einflüsse sich vordrängen, auch dort wo die Frage der Zweckmäßigkeit die alleinige Richtlinie sein soll, wird erst eine spätere Zeit in vollem Umfang erkennen. Wir erleben bei der Wohnungspolitik das gleiche, was man auf so vielen anderen Gebieten feststellen kann: man gibt zwar die Verkehrtheiten zu, aber niemand wagt die Konsequenzen zu ziehen und warum? Wegen der politischen Einflüsse.

Aus Nah und Fern.

b **Sinsheim,** 11. Sept. (Odenwaldklub.) Die am verflossenen Sonntag stattgefundene Steinsbergfeier verlief bei äußerst reger Beteiligung und herrlichstem Wetter in harmonischer Weise. Fast sämtliche Nachbarortsgruppen waren in großer Zahl vertreten und dürften schätzungsweise etwa 1500 Wanderfreunde auf dem Steinsberg versammelt gewesen sein. Nach einer kurzen markanten Begrüßungsrede sprach Frl. Schopf von hier einen tiefwirkenden Prolog. Ein gut durchdachter Vortrag von Herrn Architekt Zündel über die Geschichte der Burg hielt alle in großer Aufmerksamkeit. Spiele für die Kinder, die unter Leitung von Frl. Schwenn schöne Reigen tanzten, sowie Gesangsvorträge der auswärtigen Vereine und humorvolle Vorträge verschönten die allzu schnell dahin geflossenen Stunden. Herr Weisert-Mannheim dankte als Vertreter des Hauptausschusses Darmstadt für die herrlich gelungene Feier. Mahnend an die Jugend wies er mit Ernst auf die hohen und edlen Bestrebungen und Ziele der Odenwaldvereine hin. Abends weilten die auswärtigen Vereine noch in bester Stimmung in den verschiedenen Gaststätten unserer Stadt. Nur zu bald gings zum Aufbruch. Ein von der Bahnverwaltung in bereitwilligster Weise eingelegter Vorzug brachte unsere Gäste wieder nach Hause. Die Sinsheimer Ortsgruppe aber, welche die Leitung des Festes in Händen hatte, kann stolz auf diesen Tag sein.

Sinsheim, 12. Sept. (Posteinzahlungen.) Zur Bewältigung der Kassengeschäfte werden Bareinzahlungen auf Postanweisungen und Zahlkarten am Postschalter hier von Donnerstag, 13. September ab bis auf weiteres nur bis 5 Uhr abends angenommen.

* **Sinsheim,** 12. Sept. (Die neuen Posttariferhöhungen.) Die neuen Erhöhungen der Telegraphen- und Fernsprechgebühren treten am 16. September, die für die übrigen Postgebühren am 20. September ein. Die Höhe des neuen Tarifs steht noch nicht fest.

* **Sinsheim,** 12. Sept. (Der neue Silberpreis.) Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank findet vom 10. September ab bis auf weiteres zum 2 400 000 fachen Betrag des Nennwertes statt.

v **Sinsheim,** 11. Sept. (Nachzahlung für Kriegsbeschädigte.) Die Teuerungszulage ist für die Zeit vom 1. bis 15. September von 13 530 v. H. auf 38 840 v. H. erhöht worden. Infolgedessen erhalten sämtliche nach den Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes zu versorgenden Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen für September eine Zwischenzahlung Diese wird allen Rentenempfängern aus verwaltungstechnischen Gründen in Höhe vom 245,79fachen des Grundbetrages ausgezahlt. Da für die erste Hälfte des September nur 38 840 bis 13 530 = 12 655 v. H. zuständig ist, muß der gezahlte Mehrbetrag mit der für die zweite Hälfte des September zu erwartenden Nachzahlung verrechnet werden. Die Nachzahlung für die erste Hälfte des September erhalten die Rentenempfänger vom 12. d. Mts. ab durch den Briefträger als Postscheckzahlung ins Haus gebracht. Wegen der Ueberlastung der Beamten des Versorgungsamts wird gebeten, Rückfragen mündlicher, schriftlicher und telefonischer Art auf die dringendsten zu beschränken.

* **Rappenau,** 10. Sept. (Teures Obst.) Bei der am letzten Samstag stattgehabten Versteigerung des Gemeindeobstes wurde, trotz der vor der Versteigerung bekannt gegebenen Steigerungsbedingungen, die dahin lauten, daß das Obst bis zum 15. September an die Gemeindekasse bezahlt sein muß, und daß bei späterer Zahlung der derzeitige Bankzins, wie ein der Geldentwertung entsprechender Zuschlag erhoben wird, die Summe von 9 803 500 000 Mark erlöst. Ein einziger Baum Birnen erreichte den Steigerungsbetrag von 1 022 000 000 Mark. — Die z. Zt. hier weilenden Deutschamerikanerinnen B. Mayer und ihre Nichte E Palm stifteten dem Diakonissenverein und der Kinderschule 20 Millionen Mark.

= **Wiesloch,** 11. Sept. (Ein Vorschlag zur Mietenregelung.) Der Wiesl. Ztg. wird folgender Vorschlag eingesandt: Der Staat und die Gemeinde (das sind beides „wir") brauchen Geld. Wer soll zahlen? Jeder! Einkommen und Besitz. Der Hausbesitzer fühlt sich überlastet, der Mieter soll helfen. Der Weg der schadenfrohen Ueberforderung ist schlecht. Suchen wir ein Uebereinkommen; etwa so: Die Friedensmiete gibt mit dem Zehntel des Goldmarkpapierkurses die Grundmiete. Dazu zahlt jeder Mieter monatlich einen Stundenlohn. Beides wird jeden Monat sofort neu berechnet. Beispiel: Jetzt Stundenlohn 1,2 Millionen, Friedensmiete monatlich 12 Mark, jetzt 12 mal 100 000, zusammen monatlich 1,2 und 1,2 = 2,4 Millionen. Oder: jetzt Stundenlohn 1,5 Millionen, Friedensmiete monatlich 45 Mark, jetzt 45 mal 100 000, zusammen monatlich 1,5 und 4,5 = 6 Millionen.

t **Heidelberg,** 11. Sept. (Verschiedenes.) Eine Polizeipatrouille faßte einen Mann, der sich weigerte seinen Namen anzugeben, in der vergangenen Nacht ab, weil er seinen auffallend gefüllten Rucksack bei sich trug. Dieser leistete heftigen Widerstand und konnte nur mit Mühe überwältigt und eingeliefert werden. In seinem Rucksack fand man 8 abgeschlachtete Hühner, die jedenfalls von einem Diebstahl herrühren, außerdem besaß er eine Mehrladepistole, ein Stellmesser, Brecheisen, Drahtzange, Dietriche, Schlüssel und eine Taschenlampe. — Gestern früh wurde am Bunsendenkmal die Entdeckung gemacht, daß dem großen Gelehrten eine Reihe von 1000 Markscheinen an die Brust geklebt waren. Auch an den Kastanienbäumen, die das Denkmal umgeben, hingen lauter 1000 Markscheine. Mehrere Arbeiter waren eifrig dabei, diese seltsamen Früchte zu ernten. Ein Bürger der während dieser Szene vorüberkam, konnte von einem einzigen Ast noch 11 Tausendmarkscheine herunternehmen. — Es scheint manchen Leuten trotz der Schwere der Zeit noch recht gut zu gehen! Dies beweist auch der nachfolgende Fall. In einer hiesigen Wirtschaft wollte sich ein Halbschlanker seine Zigarette mit einem 50 000 Markschein anzünden. Ein Beobachter erhob sich wortlos und knallte dem Lausbuben eine Ohrfeige ins Gesicht, die hoffentlich von sehr erzieherischer Wirkung sein wird.

∠ **Weinheim,** 12. Sept. (Zu früh gelacht.) Seine Brieftasche mit einem Scheck über mehr als drei Milliarden Mark ließ ein Ingeneur, der sich am Hauptbahnhof eine Fahrkarte nach Darmstadt löste, am Schalter liegen. Als er wenige Augenblicke später den Verlust merkte, war die Brieftasche spurlos verschwunden. Der Finder, ein junger Mensch aus Hammelbach, hatte nichts eiligeres zu tun, als den Scheck bei der hiesigen Filiale der Rheinischen Kreditbank zur Einlösung zu präsentieren. Dabei legte der junge Mensch ein auffälliges scheues Benehmen an den Tag. Als er während der Aufzählung des Geldes glaubte, daß die Bankleitung Verdacht schöpfe, erklärte er, draußen nach seinem Rad sehen zu müssen, und verschwand. Im selben Augenblick wurde telephonisch der Scheck gesperrt. Zwei Banklehrlinge, die sich sofort auf die Verfolgung des Fremden machten, konnten den Dieb in der Hauptstraße einholen und der Gendarmerie übergeben.

∾ **Ludwigshafen,** 11. Sept. (Erstickt.) Der im 25. Lebensjahr stehende Deutsch-Schweizer Reinhard Lüttin hatte sich am Mittwoch abend frühzeitig zur Ruhe begeben und vor dem Einschlafen Brot zu sich genommen. Während des Essens bekam er einen epileptischen Anfall, wodurch ihm ein Stückchen Brot in die Luftröhre kam, das den sofortigen Tod zur Folge hatte.

⅄ **Bretten,** 11. Sept. (Unglücksfall.) Der in Rinklingen wohnende 69jährige Landwirt Adam Morsch wurde von einem Motorradfahrer aus Maulbronn so unglücklich angefahren, daß er schwer verletzt zu Boden stürzte und wenige Stunden danach starb.

][**Baiertal,** 10. Sept. (Hammeldiebstahl.) Dem Landwirt und Wagnermeister Friedrich Zuber wurde in vergangener Nacht ein Hammel gestohlen. Nach dem Täter wird gefahndet. — Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Besitzer ihre Sachen und Tiere selbst besser schützen müssen in diesen schweren Zeiten. Nur wenn jedermann seine Besitztümer gut verwahrt und verschließt, wird den Dieben ihr Treiben erschwert und zum Teil unmöglich gemacht.

b **Laufen** (Amt Bühl), 10. Sept. (Unfall.) Gestern Abend sprang der 18jährige Alois Schnurr vom Lochwald von einem fahrenden Auto ab. Dabei fiel er so unglücklich zu Boden, daß er sofort tot war.

)(**Freiburg,** 10. Sept. (Das Raubmörderpaar), der Schneider Ludwig Freismidl und seine Geliebte, die Dienstmagd Philomena Kirchinger, die am 30. Juli ds. Js. in Freiburg die Witwe des Kammerpräsidenten Dänzer ermordet und beraubt hatten, sind in München verhaftet worden. Das Paar war erst vor wenigen Tagen nach München gekommen.

= **Freiburg,** 10. Sept. (Gegen die geistige Verarmung.) In der Frage der Lernmittelfreiheit hat die Stadt Freiburg einen Aufruf an die Eltern gerichtet, indem zunächst darauf hingewiesen wird, in welch ungeheurer Weise die Aufwendungen für die Lernmittelfreiheit, die den Gemeinden zur Last fallen, gewachsen sind. Gleichschwer, so heißt es in dem Aufruf weiter, fällt aber ins Gewicht, daß durch die Wegnahme der Lernmittel bei der Schulentlassung die guten Lese- und Religionsbücher, die Gesangbücher, und Atlanten mehr und mehr aus den Familien verschwinden. Damit wird die Gelegenheit zu stiller Weiterbildung unseres Volkes erheblich vermindert und die Beschäftigung mit geistigen Dingen außerordentlich erschwert. Mit ernster Sorge ist diese Entwicklung zu verfolgen und es sollten unter allen Umständen Mittel und Wege gefunden werden, um wenigstens der vollen auch geistigen Verarmung unseres Volkes zu begegnen, wenn es nicht einem noch schlimmeren Ende entgegentreiben soll. Deshalb richtet die Stadt Freiburg an alle Eltern die dringende Bitte, wenn sie irgend in der Lage sind, die Lernmittel selbst zu beschaffen, da sie sie doch letztenendes zum Wohl ihrer eigenen Kinder kaufen. Eine winzige Beschränkung nichtigen Lebensgenusses (Kino, Alkohol, Tabak) und die Mittel sind vorhanden, um den Gegensatz von Sollen und Sein in Fragen der Volksbildung nach und nach zu überbrücken. Die Angelegenheit ist dringend und ernst. Abhilfe kann nur gebracht werden, wenn die Bevölkerung selbst durch freie Mithilfe den Volksschatz deutscher Bildung zu erhalten sucht. (Dieser Aufruf verdient überall die Beachtung weitester Kreise.)

p **Lörrach,** 11. Sept. (Die neueste Entwicklung an der Grenze.) Durch die Entwertung der Mark und die ungeheuere Preissteigerung der Lebensmittel und dadurch, daß die Bedarfsartikel in Deutschland zu einem sehr großen Teil bereits über Weltmarktpreis notierten, haben sich die Verhältnisse im Grenzgebiet sehr geändert. Während noch vor kurzem die Schweizer in das Badische kamen, um sich für wenig Geld einen vergnügten Tag zu machen und in den Läden noch das eine oder andere einzukaufen, gehen jetzt wieder die Badenser über die Sperre, um in der Schweiz Brot, Mehl, Fett und Kleider zu kaufen. Die Lebensmittel sind in der Schweiz nicht teurer wie in Deutschland und dazu qualitativ besser. Textilien sind zum Teil wesentlich billiger.

t **Schopfheim,** 12. Sept. (Ein gemeiner Bubenstreich) ist dem Landwirt Grether von hier zugefügt worden. Fast sein ganzer Forellenbestand wurde in der Züchterei beim Fahrnauer Tunnel in einer der letzten Nächte durch Chlorkalium vernichtet. Der Geschädigte schreibt eine Frankenbelohnung für die Ergreifung der Täter aus.

t **Singen,** 12. Sept. (Eigenartige Auffassung.) Die „Oberländer Zeitung" berichtet: Eine Bauersfrau aus der Umgegend wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sie auch Ruhrabgabe zu bezahlen habe. Die Frau machte sich auch auf den Weg zum hiesigen Finanzamt, nicht aber, um zu bezahlen, sondern um dort zu erklären: „Des zahl' i net, mei Ma hot 's letscht Johr alewil d' Ruhr ghet und 's hot ihm ko Mensch ebbes gä!" —

t **Essen,** 8. Sept. (Ein reicher Geizhalz verhungert.) Ein 48 Jahre alter unverheirateter Postschaffner ist in seiner Wohnung tot aufgefunden worden. Anscheinend ist er an Unterernährung gestorben. Seine Wohnung glich einem großen Lebensmittellager. Speck, Dauerwurstwaren aller Art, Säcke mit Brot, Mehl und Kohlen waren darin aufgestapelt. Die Lebensmittel fingen schon zum Teil an zu verderben. Daneben fand man 310 Mark in Gold, goldene und silberne Wertsachen und Wertpapiere mit Milliardenkursen.

b **Laudan** (Schlesien), 11. Sept. (Des Kindes Schutzengel.) Ein aufregender Vorgang ereignete sich im Hofe eines Hauses am Nikolaiplatz. Das dreijährige Töchterchen der Eheleute Winkler spielte am Fenster der Wohnung im dritten Stockwerk, während die Mutter im Garten Gemüse holen wollte. Als sie in den Hof zurückkam, sah sie, wie das Kind weit aus dem Fenster hinauslehnte. Schlimmes ahnend, sprang sie geistesgegenwärtig unter das Fenster. In diesem Augenblick stürzte das Kind tatsächlich aus dem dritten Stockwerk herab und fiel in die ausgebreiteten Arme der Mutter, die es dadurch vor dem sicheren Tode rettete.

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse

vom 10. September 1923.

Die Preise verstehen sich per 100 kg alles in Millionen Mark.

Weizen, inländischer	170—180	Mais (mit Sack)	—
Weizen, ausländischer	—	Weizenkleie	50—60 nom.
Roggen, inländischer	130	Biertreber	83
Gerste, alte	100—120	Roh-Melasse	nom.
Gerste, neue	130—140	Wiesenheu	—
Hafer, alter	105—110	Luzernekleeheu	—
Hafer, neuer	130	Preßstroh	18—20
Weizenmehl Baf. Sp. 0	320	Gebundenes Stroh	13—15
Roggenmehl	210—220	Raps	200—240

Tendenz: fest.

An unsere Leser!

Am 3. August mußten wir dem Postamt den Bezugspreis für den Monat **September** anmelden. Zu diesem Zeitpunkt konnte man den gewaltigen Marksturz und das rasende Anschwellen aller Herstellungskosten einer Zeitung, wie sie im Monat August eingetreten ist, nicht voraussehen. Der damals angesetzte Preis von 300 000 Mk. reicht auch für die ersten beiden Septemberwochen nicht entfernt aus um auch nur einen geringen Teil der Herstellungskosten zu decken. Wir sehen uns deshalb genötigt, für die zweite Septemberhälfte einen Bezugspreis von

2 Millionen Mark

zu erheben. Im Verhältnis zu den täglich erscheinenden Blättern, die sich in diesem Monat auf 6—8 Millionen Mark stellen, ist dieser Preis recht mäßig und bitten wir die Postbezieher, unsere Nachnahmekarten sofort bei Vorzeigen einzulösen, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Denn wer bis **15. September nicht bezahlt** hat, wird ab nächsten Montag keine Zeitung mehr erhalten.

Verlag des Landboten.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 72 — Festsetzung des Werts der Sachbezüge der nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtigen Personen.

Aufgrund des § 2 des Vers. Gesetzes für Angestellte vom 20. 12. 1911 und des § 1 Ziffer 4 § 4 der bad. Vollzugsverordnung dazu vom 5. August 1912 wird der tägliche Wert der Sachbezüge der nach dem genannten Reichsgesetz versicherten Personen ohne Unterschied des Alters und Geschlechts für den Amtsbezirk Sinsheim mit Wirkung vom 1. September 1923 an auf 1 300 000 Mk. festgesetzt. Hiervon entfallen auf die Verpflegung 1 200 000 Mk., auf Wohnung, Heizung und Beleuchtung 100 000 Mk.

Sinsheim, den 11. September 1923.

Badisches Bezirksamt — Versicherungsamt.

Todes-Anzeige.

Mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater und Großvater

Herr Leonhard Schmitt

Bürgermeister

ist gestern Abend nach längerem Leiden im Alter von 69 Jahren sanft verschieden.

Daisbach, den 12. September 1923.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Susanna Schmitt, geb. Salzgeber.

Die Beerdigung findet Donnerstag Nachmittag 3 Uhr statt.

Generalversammlung des Tuberkulosenausschusses

findet **Donnerstag, den 13. Sept. nachmittags 3 Uhr** im unteren Rathaussaal statt. Jedermann ist freundl. eingeladen.

Prima

Nutz- u. Schaafkuh

das 3. Kalb tragend, fehlerfrei, weil überzählig, sofort zu verkaufen. Zu erfragen bei

Moser, Flinsbach
Station Helmstadt
Telefon Neckarbischofsheim 31.

Tücht. zuverlässiges

Alleinmädchen

für sofort gegen zeitgemäße Bezahlung gesucht.

Frau Schwind, Mannheim
Dalbergstr. 43.

Köchin

mit Hausarbeit per 1. Oktober, sowie einfaches

Zimmermädchen

sofort oder später gesucht.

Frau Werner, Mannheim
L 11, 12.

Schriftleitung: H. Becker; Druck und Verlag: G. Beckersche Buchdruckerei in Sinsheim.